



Wir berichten, was andere verschweigen.

www.kpoe-steiermark.at
Steierische Volksstimme

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzung 27.9.2011

Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



„Beraterdschungel“ in der Steiermark

Klimt-Weithaler: „Unten wird gekürzt, oben weiter verschwendet“

Während die Spitzenvertreter der „Reformpartnerschaft“ mit den immer gleichen Ankündigungen durch das Land ziehen, werden regelmäßig neue Details über den Beratersumpf bekannt, in dem in den vergangenen Jahren Millionen versickert sind. Daran erinnert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler angesichts der Kürzungswelle im Sozialbereich und der angekündigten Zwangseingemeindungen. Wie im Fall der Gemeindeaufsicht wird nun die Verantwortung zwischen den Regierungsmitgliedern hin- und hergeschoben, am Schluss soll niemand verantwortlich gewesen sein.

Wie im Bund, wo Günstlinge aus dem Umfeld der Regierungsparteien Millionen für „Leistungen“ kassiert haben, an die sie sich selbst gar nicht mehr erinnern können, hat auch das Land Steiermark ein dichtes Versorgungsnetz für Consulting- und Beratungsfirmen aufgebaut, das diesen laufend Aufträge knapp unter der genehmigungspflichtigen 30.000-Euro-Grenze garantierte. „Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung haben es da schwerer. Bei ihnen wird jeder Cent genau kontrolliert und nichts unversucht gelassen, den Anspruch zu reduzieren. Angeblich will die Regierung sparen. In Wirklichkeit will sie ‚unten‘ möglichst viel Geld kürzen, damit sie es ‚oben‘ verteilen kann“, so die KPÖ-Abgeordnete.

Aufklärung nötig!

Noch gar nicht untersucht wurden die Beraterverträge der landesnahen Unternehmen. Wie der aktuelle RH-Bericht aufzeigt, waren viele der Consultingaufträge völlig sinnlos, da die Fachabteilungen die Kompetenz hätten, die Anliegen ohne externe Aufträge zu klären. Die KPÖ bringt im Landtag mehrere Forderungen ein, um den Beratersumpf trockenzulegen, die wichtigsten davon:

Neutralitätsverletzung

Der Aufmarsch von 450 Soldaten der deutschen Bundeswehr am Zirbitzkogel stellt für die steirische KPÖ eine Verletzung der Neutralität Österreichs dar. Um die Bevölkerung schon an die von Minister Darabos gewünschten Söldnertruppen zu gewöhnen, darf die deutsche Bundeswehr jetzt in der Steiermark für den Afghanistan-Einsatz üben. Begangen wird diese Neutralitätsverletzung durch eine politische Klasse, die keine Hemmungen hatte, sich am Ausverkauf der Republik persönlich zu bereichern. Nächste Mieterin der steirischen Berglandschaft ist mit der niederländischen Armee im Jahr 2012 eine weitere NATO-Truppe. Im zweiten Halbjahr 2012 wird in der Kaserne Straß die neuerliche Teilnahme Österreichs an den EU-Schlachtgruppen stattfinden.

die Verpflichtung der Regierungsmitglieder, vor Abschluss jedes entsprechenden Vertrages eine Erklärung vorzulegen, warum die zuständige Fachabteilung des Landes diese Aufgabe nicht selbst erfüllen kann; die Abschaffung der 30.000-Euro-Grenze, unter welcher derzeit ‚freihändig‘ vergeben wird; die Anwendung dieser Regeln auch für landesnahe Betriebe



KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: Die Regierung soll sich nicht hinter Beratungsfirmen verstecken!

Ferialverfügung bleibt

Die sogenannte „Ferialverfügung“ der Landesregierung ist seit vielen Jahren Gegenstand berechtigter Kritik. Sie ermöglicht Regierungsmitgliedern, in den Sommermonaten ohne jegliche finanzielle Begrenzung Geld zu verschieben, ohne dass der Landtag wenigstens davon informiert werden muss.

Ein Antrag der KPÖ auf Abschaffung der Ferialverfügung wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Die Steiermark ist damit weiter das einzige Bundesland, das eine solche Regelung kennt. Skandale wie jener um Herberstein wurden dadurch erst möglich



Gemeinden stärken,

Demokratie nicht „wegreformieren“

LAbg. Werner Murgg: Experimente der „Reformpartnerschaft“ gehen auf Kosten der steirischen Gemeinden

KOMMENTAR Als Kommentarkasten WERNER

Warum wird immer nur „unten“ gespart?

Auch wenn die „Reformpartner“ versuchen, die Tatsachen schönzureden: Die Zwangsfusion der Bezirke Judenburg und Knittelfeld wird auf Kosten von Infrastruktur, Service und Lebensqualität im ländlichen Raum gehen. Wichtige Fragen werden zwischen LH Voves und seinem Stellvertreter Schützenhöfer ausgepackelt. Die KPÖ unterstützt über alle Parteigrenzen hinweg den Widerstand gegen eine immer willkürlichere Politik der Landesregierung.

Eine Verwaltungsreform, die diesen Namen auch verdient, darf nicht einfach über die Köpfe der Betroffenen hinweg verordnet werden, sondern muss auch eine Demokratisierung beinhalten. Die Bezirkshauptleute werden nicht gewählt, wie es in anderen Staaten üblich ist, sondern von der Landesregierung einfach nach dem Proporz bestimmt. Wer die politische Realität im Land kennt, weiß, was von der Ankündigung einer allfälligen Außenstelle Knittelfeld zu halten ist: nämlich nichts.

Von der „Verwaltungsreform“ sind immer nur die unteren Ebenen betroffen, besonders die Gemeinden werden ausgehungert. An anderer Stelle werden ohne Debatte hohe Summen in Verwaltungsapparate gesteckt, etwa in die EU. 2005 betrug der Nettobeitrag Österreichs noch 278 Mio. Euro, 2010 waren es bereits 860 Millionen. Die riesigen Beträge, die darüber hinaus zur Absicherung des Banken- und Spekulationswesens aufgewendet werden, stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kahlschlag, von dem die Menschen jetzt betroffen sind. Wer unbedingt eine Verwaltungsebene einsparen will, sollte jene einsparen, die am teuersten kommt. Das ist die Ebene der EU.

Unter dem Vorwand einer ‚Verwaltungsreform‘ versteckt sich ein Paket zur Ausdünnung der ländlichen Infrastruktur und zum Abbau demokratischer Strukturen“, kommentierte KPÖ-LAbg. Werner Murgg die Pläne von LH Voves und LH-Stv. Schützenhöfer zur angedrohten Zwangsvereinigung steirischer Gemeinden.

Seit einem halben Jahr werde die Zusammenlegung von Gemeinden und Bezirken von Seiten der Regierung öffentlich propagiert. Ein Konzept sei aber dabei nicht zu erkennen. Die KPÖ stellt sich nicht prinzipiell gegen eine sinnvolle Gemeindeform, vor allem benötigen die steirischen Gemeinden mehr Mittel aus dem Finanzausgleich, um ihren Aufgaben nachkommen zu können. Grundvoraussetzung sei aber, dass dies nicht auf Kosten der Infrastruktur und der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten im ohnehin schon stark ausgedünnten ländlichen Raum gehe. Die Gemeindeord-

nung sei keine Spielwiese für Budgetexperimente. Eine Reform müsse nach Gesichtspunkten der Raumordnung und der Einbindung der Bevölkerung gestaltet werden, so Murgg.

Reform ohne Demokratie

Der KPÖ-Abgeordnete befürchtet, dass in den neuen Gemeindekonglomeraten ausschließlich in den Zentren Infrastruktur und Serviceeinrichtungen erhalten bleiben, während die Randgebiete noch schwächer dastehen als bisher. Sonst würde es nicht zu jenem Einsparungseffekt kommen, den sich SPÖ und ÖVP versprechen. „Vor lauter Begeisterung für die eigene Politik vergessen Landeshauptmann Voves und LH-Stv. Schützenhöfer, dass die Gemeinden über demokratisch gewählte Vertretungen verfügen und die Bürgerinnen und Bürger nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden dürfen. Eine besondere Dreistigkeit ist die Androhung, 2015 Zwangsfu-

sionen durchzuführen, falls die Gemeinden nicht freiwillig mitmachen“, so Murgg.

Die KPÖ will im Steiermärkischen Landtag Gemeindevorstandpräsident LAbg. Dirnberger den Rücken stärken, der sich vehement gegen Zwangszusammenlegungen von Gemeinden ausgesprochen hat, sich damit aber auf Konfrontationskurs mit seiner Landespartei begeben hat.

ESTAG-Personalrochade

Die Bestellung von Josef Müller, vor seiner Pensionierung bei der Voest tätig, zum Aufsichtsratsvorsitzenden des steirischen Energiekonzerns ESTAG löst Verwunderung bei der steirischen KPÖ aus. „Wir brauchen keinen Aufsichtsratsvorsitzenden, der sich in der Schienenproduktion auskennt, sondern jemanden, der sich für die Interessen der Stromkundinnen und Stromkunden einsetzt. Die steirische Bevölkerung leidet seit Jahren unter ungerechtfertigt hohen Strompreisen“, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

KPÖ wirkt



Impressum/Medieninhaber:
KPÖ Steiermark, Lagergasse
98a, 8020 Graz. Verlags- und
Herstellungsort: Graz. Tel. (0316)
877 5102; Fax (0316) 877 5108.
E-Mail: ltk@stmkgv.at // DVR:
0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Unglaublich: Buchmann macht Glücksspielindustrie die Mauer

Klimt-Weithaler: Landesregierung ignoriert weiter das Problem der Spielsucht

Von 80.000 direkt oder indirekt von der Spielsucht Betroffenen alleine in der Steiermark spricht der offizielle Suchtbericht des Landes Steiermark aus dem Jahr 2007. Nun hätte die Steiermark die Möglichkeit, keine Lizenzen mehr zu vergeben und aus dem „Kleinen Glücksspiel“ auszuweichen, wie es auch die Bundeshauptstadt Wien macht. Darauf wies KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler in einer Anfrage an den zuständigen Landesrat Buchmann in der Landtagsitzung am 27. September hin. In seiner Antwort betonte Buchmann, dass für ihn die Interessen der Gastwirte Vorrang haben. Ein Ausstieg kommt für ihn schon aus finanziellen Gründen nicht infrage, obwohl die indirekten Kosten, die durch die Spielsucht verursacht werden, inzwischen enorme Ausmaße angenommen haben. Durch das neue Glücksspielgesetz vervielfacht sich die Zahl der Automaten bis Ende 2015, dabei weist die Steiermark schon seit Jahren die höchste Dichte an Spielau-

tomaten in ganz Österreich auf. Im 2010 erschienenen neuen Suchtbericht des Landes wurde das Thema interessanterweise ausgeklammert.

Steiermark hält traurigen Rekord

Claudia Klimt-Weithaler: „Die Einnahmen, die das Land durch Abgaben auf Automaten nach dem neuem Gesetz erzielen kann, sind wesentlich geringer als die Folgekosten der explodierenden Spielsucht. Erst vor wenigen Wochen hat eine Gallup-Studie darauf hingewiesen,

dass in Österreich immer mehr Menschen dadurch ihre Existenz verlieren. Die Steiermark ist bei den Automaten trauriger Spitzenreiter, diese Entwicklung darf das Land nicht fördern. Es ist sehr enttäuschend, dass Landesrat Buchmann nicht dem Beispiel seiner Parteifreunde in Wien folgt.“

In Wien hat die ÖVP bekanntlich den Beschluss der Stadtregierung unterstützt, keine Lizenzen für Automaten zu vergeben. VP-Klubsprecher LAbg. Alexander Neuhuber sagte am 14. September: „Wir wollen ein spielautomatenfreies Wien“. Hier sei der

Wiener ÖVP voll zuzustimmen, so die steirische KPÖ-Klubobfrau: „Wir wollen eine spielautomatenfreie Steiermark.“

40 Mio. Euro aus Österreich für Atom-Lobby

Die EURATOM-Agentur der EU, die auch von Österreich jährlich 40 Millionen Euro erhält, sieht ihr Hauptziel darin, die Atomenergie in Europa „weiterzuentwickeln“. Das Risiko trägt die Öffentlichkeit, weil Atomkraftwerke nicht versichert sind. Das gilt auch für die Entsorgung des nuklearen Mülls, die europaweit noch immer ungeklärt ist. Österreich könnte aus dem EURATOM-Vertrag aussteigen. Obwohl sich fast alle Bundesländer – 2008 auch die Steiermark auf Antrag der KPÖ – für einen Austritt ausgesprochen haben, ist die Bundesregierung nicht bereit, sich damit zu beschäftigen. Die KPÖ unternahm am 27. September 2011 einen neuerlichen Vorstoß zum EURATOM-Ausstieg, SPÖ und ÖVP lehnten aber ab.

KPÖ: Flavia Solva und Stübing erhalten!

Werner Murgg: „Museen dürfen nicht sinnloser Eventpolitik geopfert werden“

Die KPÖ setzt sich dafür ein, den Museumsbetrieb in Flavia Solva aufrecht zu erhalten. Landesrat Buchmann und das Joanneum wollen die Ausstellung durch einen Schaukasten ersetzen, der ohne Personal betrieben wird. Gleichzeitig sollen Teile der Ausgrabungen wieder zugeschüttet werden. KPÖ-LAbg. Werner Murgg fordert Kulturlandesrat Buchmann auf, diese Pläne zu überdenken.

„Flavia Solva ist eine der bedeutendsten römischen Siedlungen in Österreich. In jedem anderen Land wäre man froh, einen archäologischen Schatz dieser Dimension der Öffentlichkeit angemessen präsentieren zu können. In der Steiermark wird

er dagegen zugeschüttet und das Museum auf einen Schaukasten reduziert“, so Murgg. Sowohl das Kultur- als auch das Tourismusressort wirken völlig orientierungslos, es sind keine politischen Konzepte erkennbar. Wenn ein Prestigeprojekt wieder einmal nicht funktioniert, wird einfach neues Geld zugeschossen und an anderer Stelle gespart, kritisiert der KPÖ-Abgeordnete die Kulturpolitik des Landes.

Kulturgut wird Eventpolitik geopfert

Murgg macht unter anderem die planlosen Geldflüsse an verschiedene Events und Tourismusprojekte dafür verantwort-

lich, dass neben Flavia Solva auch das Freilichtmuseum in Stübing vor der Schließung steht. „Riesige Summen für die Airpower, Geheimverträge zum Wildpark Mautern, gewaltige Zuschüsse an den Tierpark Herberstein, das Vivarium in Mariahof, das Europaeum in Mariazell und die Thermen in Fohnsdorf und Blumau zeigen, dass das Land regelmäßig gewaltige Summen in den Sand setzt, ohne dass jemand dafür Verantwortung übernimmt. Auf der einen Seite werden Millionen verschwendet, auf der anderen Seite ist nun eine weitere bedeutende Bildungseinrichtung in Gefahr. Die nötigen 400.000 Euro müssen aufgebracht werden, um Flavia Solva vor dem Zuschütten zu bewahren.“



Trauriger „Reform“-Höhepunkt: Land privatisiert LKH Hörgas-Enzenbach

Klimt-Weithaler: Verschleuderung von Landeseigentum macht Pflege in letztendlich noch teurer

„In Abstimmung mit dem Land Steiermark“, wie betont wird, wurden die Gebäude und die Liegenschaften des LKH Hörgas-Enzenbach zum Verkauf ausgeschrieben, darunter mehrere Wohngebäude sowie land- und forwirtschaftlich genutzte Flächen. Ab 2019 soll das alles privatisiert sein.

Kritik an dieser Vorgangsweise kommt von KPÖ-Landtagsklubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Verschleuderung von öffentlichem Eigentum löst nicht die Probleme im Land. Sollte die

Landesregierung wie angekündigt beabsichtigen, ein privates Pflegeheim auf dem Areal betreiben zu wollen, muss man dazu in Erinnerung rufen, dass es genau jene privaten Heime waren und sind, die für die Preisexplosion bei den Tagsätzen verantwortlich sind. Das hat zuletzt sogar Landesrätin Edlinger-Ploder zugegeben. Umso unverständlicher, dass sie nun erst recht diesen Weg einschlagen will.“

Privatisierung macht Pflege teurer

Für Klimt-Weithaler ist der Verkauf der Krankenhäuser ein trauriger Höhepunkt der „Re-

formpartnerschaft“ aus SPÖ und ÖVP. Nüchtern betrachtet falle die Zwischenbilanz der Regierung äußerst fragwürdig aus: Für Menschen mit Behinderung, für Jugendliche in schwierigen Lagen, für Angehörige von Pflegebedürftigen, für Eltern von Kindergartenkindern, für sozial Schwache, die auf die Mindestsicherung angewiesen sind, gab es massive Einschnitte. Schulen, Museen und Krankenhäuser werden zugesperrt. Gemeinden und Bezirke müssen auf wichtige Infrastruktur verzichten. Aufsteller von Spielautomaten, Schotterbarone und Großgrundbesitzer müssen sich dagegen keine Gedanken um Einschnitte in ihrem Bereich machen.

„Für die Mehrheit in der Steiermark ist das tägliche Leben durch die ‚Reformpartnerschaft‘ noch schwieriger und teurer geworden. Immer mehr Menschen wenden sich deshalb von der Politik überhaupt ab. Daran kann auch die großangelegte Werboffensive von Landeshauptmann Voves und seines Stellvertreters nichts ändern, inszenierte Begeisterung wirkt selten glaubwürdig. In wessen Auftrag die Großparteien auch immer handeln, im Interesse der Bevölkerung ist die Privatisierung von Krankenhäusern sicher nicht“, so Klimt-Weithaler.

Selbstbehalt für alle ist Strafsteuer auf medizinische Versorgung

Claudia Klimt-Weithaler: Nun werden auch Kranke für Budgetmisere zur Kasse gebeten, statt Höchstbeitragsgrundlage zu erhöhen

Bis zu 20 Prozent der Behandlungskosten sollen künftig alle Versicherten, die sich einer ärztlichen Behandlung unterziehen, künftig aus eigener Tasche bezahlen. Dieses Vorhaben präsentierte die steirische Gesundheitslandesrätin Edlinger-Ploder als Lösung

für die Budgetprobleme des Landes.

Für Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im Landtag, sind diese Pläne völlig inakzeptabel: Die ÖVP stelle sich konsequent gegen jede Besteuerung von großen Vermögen, sei aber beim Abkassieren von Familien, Menschen mit kleinen Einkommen, Behinderten und

nun auch Kranken nicht zimperlich.

„Statt auf Vorsorge zu setzen und dadurch die Kosten für das Gesundheitssystem auf sinnvolle Weise zu senken, soll nun eine Strafsteuer auf medizinische Versorgung eingeführt werden. Auch Armut und Existenzangst machen krank, aber genau das produziert die Landesregierung, indem sie immer mehr Menschen an den finanziellen Abgrund drängt. Wenn dieser Plan umgesetzt wird, werden in Zukunft viele nicht mehr zum Arzt gehen, weil sie es sich nicht leisten können. Das Gerede von einer ‚sozialen Staffelung‘ haben wir schon zu oft gehört. Letztendlich trifft es die Ärmsten immer am härtesten, daran ändern auch die Werbetexter in den Parteizentralen nichts“, so Klimt-Weithaler.

Die ÖVP wolle den Menschen Angst machen, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, und damit das Budget entlasten, so die KPÖ-Abgeordnete. „12.600 Euro verdienen Landesrätinnen und Landesräte in der Steiermark. Der Landeshauptmann bekommt über 14.000 Euro, sein Stellvertreter 13.350,-. Diese privilegierte Gruppe zerbricht sich nun darüber den Kopf, wie sie Leuten, die oft von weniger als einem Zehntel ihres eigenen Einkommens leben müssen, auch fürs Kranksein noch Geld aus der Tasche ziehen kann. Wer mehr verdient, soll auch mehr für die Krankenversicherung bezahlen, das wäre eine soziale Staffelung. Aber die Höchstbeitragsgrundlage bleibt unangestastet, sonst müssten ja Edlinger-Ploder, Voves und Co. selbst so viel einzahlen wie alle anderen Erwerbstätigen auch.“

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205

Platz für Adressaufkleber

**Wer mehr verdient,
zahlt weniger**